

## 1 **Asyl und Europa – ein Plädoyer für eine mehrheitsfähige europäische Lösung**

2

### 3 **Einführung**

4

5 Die Euphorie über die Ankunft von hunderttausenden Asylbewerbern im Jahr 2015 war ein deutsches  
6 und kein europäisches Phänomen. Während in Deutschland die Neuankömmlinge an den Bahnhöfen  
7 mit „Refugees welcome“-Bannern begrüßt wurden, waren die südlich gelegenen Länder der EU  
8 insgeheim froh, dass sie die Migranten an Deutschland abgeben konnten. Als in Folge der Politik der  
9 offenen Grenzen der Zustrom zunahm, änderte sich diese Haltung schlagartig und führte in rascher  
10 Folge zur Schließung der Balkanroute und zur Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen im  
11 Schengenraum.

12

13 Nunmehr ist auch in Deutschland die anfängliche Euphorie verfliegen und die gesellschaftlichen und  
14 wirtschaftlichen Herausforderungen, die mit der unkontrollierten Einwanderung von über einer  
15 Million Migranten aus anderen Kulturkreisen einhergehen, treten offen zu Tage. Die Integration der  
16 Migranten erweist sich als schwierig: Ihr Bildungsniveau ermöglicht ihnen oftmals keinerlei Teilhabe  
17 am Arbeitsmarkt, da in Deutschland fast ausschließlich hochqualifizierte Fachkräfte gesucht werden.  
18 Kulturell bestehen teils schwer überbrückbare Differenzen, was die Rechte von Frauen und  
19 Homosexuellen oder den Umgang mit Andersgläubigen betrifft. Auch führen die schrecklichen  
20 Verbrechen einiger weniger Zuwanderer dazu, dass sich das gesellschaftliche Klima in Fragen von  
21 Integration und Zuwanderung grundlegend verändert hat.

22

23 Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass die zaghaften Bemühungen der Bundesregierung, die  
24 Flüchtlinge europaweit zu verteilen, nicht von Erfolg gekrönt waren. Vielmehr hat in sämtlichen  
25 europäischen Mitgliedsstaaten seit 2015 ein „Rechtsruck“ in der Parteienlandschaft stattgefunden,  
26 dessen Ursache vor allem die Flüchtlingspolitik Deutschlands ist, dessen Folgen aber auch viele andere  
27 Politikbereiche treffen. Der Brexit war wohl die gravierendste Folge dieses „Rechtsrucks“. Es ist auch  
28 der Brexit, der eine Wende in der Geschichte der Europäischen Union markiert. Bisher ist die Union  
29 stets gewachsen – mit dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs wird die Union eines ihrer  
30 wirtschaftsstärksten und bedeutendsten Mitgliedsländer verlieren.

31

32 Weltweit sind zwischen 30 und 60 Millionen Menschen aufgrund bewaffneter Konflikte auf der Flucht.  
33 Milliarden Menschen leben in Armut. Deutschland ist bereits mit der Aufnahme von einer Million  
34 Menschen heillos überfordert. Eine Aufnahmebereitschaft der übrigen Mitgliedsländer der EU ist  
35 faktisch nicht vorhanden.

36

37 Wir fordern daher:

38

## 39 I. Unsere Leitlinien für eine europäische Migrationspolitik

40

### 41 1. Grundsätze

42

- 43 - Wirtschaftsflüchtlingen ist die Einreise in die Europäische Union grundsätzlich zu verwehren.
- 44 - Wirtschaftsflüchtlinge, die sich ohne Erlaubnistatbestand bereits in der EU aufhalten, müssen  
45 konsequent in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden.
- 46 - Für die Herkunftsländer, die die Wiederaufnahme von Wirtschaftsflüchtlingen verweigern,  
47 müssen Anreize geschaffen werden, diese Verweigerungshaltung abzulegen. Solchen Ländern  
48 soll als „Marshall-Partnern“ der Europäischen Union eine besondere Förderung  
49 zugutekommen. Führen positive Anreize nicht zu einem Umdenken, darf die Europäische  
50 Union vor wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Sanktionen nicht zurückscheuen.
- 51 - Kann eine Rückführung ins Herkunftsland nicht erfolgen, so ist nach Abschluss entsprechender  
52 völkerrechtlicher Vereinbarungen in Drittstaaten abzuschieben.

53

### 54 2. Leistungen und Sanktionen

55

- 56 - Wer in seinem Asylverfahren falsche Angaben macht, muss mit harten Strafen und mit einem  
57 Abbruch des Verfahrens rechnen.
- 58 - Es sind die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Personen mit  
59 abgelehntem Asylverfahren solange in Rückkehrzentren untergebracht werden können, bis  
60 ihre Heimatstaaten die zur Ausreise benötigten Papiere ausgestellt haben.
- 61 - Die vom Sachleistungsgrundsatz ausgehenden Leistungen nach dem  
62 Asylbewerberleistungsgesetz sollen an die durchschnittliche Dauer des Asylverfahrens  
63 angepasst werden und damit nicht wie bisher auf sechs Monate beschränkt bleiben.

64

65

66

67 **3. Grundsatz: Antragstellung in Drittstaaten**

68

- 69 - Menschen, die in einem Mitgliedsland der EU um Asyl ersuchen und aus keinem sicheren  
70 Drittstaat einreisen, muss auch weiterhin Schutz geboten werden. Hierzu sind außerhalb des  
71 Gebiets der EU Asylzentren einzurichten. Für besonders gefährdete Menschengruppen sind  
72 beschleunigte Verfahren nach schweizerischem Vorbild („Fast-Track-Verfahren“) einzuführen.  
73 - Im Falle einer erfolgreichen Einrichtung solcher Asylzentren auf den Hauptfluchtrouten nach  
74 Europa soll künftig der Grundsatz der Antragstellung im sicheren Drittstaat gelten.  
75 - Wir fordern die Europäische Union dazu auf, sich intensiv um die Errichtung solcher  
76 Asylzentren zu bemühen. Am dringlichsten ist die Einrichtung solcher Zentren in Nordafrika,  
77 da die Flucht auf sog. „Schlepperboten“ übers Mittelmeer eine humanitäre Katastrophe ist,  
78 die wir nicht länger tolerieren können.  
79 - Darüber hinaus soll die Möglichkeit geschaffen werden, in einem sicheren Onlineverfahren  
80 einen Asylantrag zu stellen.

81

82 **4. Antragstellung in Deutschland**

83

- 84 - Soweit und sofern Asylverfahren auf deutschem Boden durchgeführt werden, sprechen wir  
85 uns für die Abwicklung in sog. „Ankerzentren“ aus.

86

87 **5. Außengrenzen sichern**

88

- 89 - Die EU-Außengrenze muss so gesichert werden, dass eine Einreise ohne entsprechende  
90 Berechtigung nicht möglich ist.  
91 - Die Europäische Union soll ein zentrales Ein- und Ausreiseregister zur Überwachung und  
92 Registrierung von Reisebewegungen in das und aus dem Gebiet der Mitgliedsstaaten  
93 einführen.  
94 - Die europäische Grenzschutzagentur Frontex muss mit umfassenden Kompetenzen und  
95 hinreichenden personellen Kapazitäten zur Sicherstellung ihres Grenzschutzauftrages  
96 ausgestattet werden. Langfristig soll Frontex eine Stärke von 200.000 Mann erreichen. Die  
97 Bundesrepublik Deutschland soll sich bereiterklären, die Finanzierung von Ausrüstung und  
98 Ausbildung zu übernehmen. Hochseetaugliche Schiffe und Schnellboote zur Überwachung des  
99 Mittelmeeres und der Unterbindung des afrikanischen Schlepperwesens sind anzuschaffen.  
100 - Wer die EU-Außengrenze ohne entsprechende Berechtigung überschreitet, muss unverzüglich  
101 in das Land zurückgeführt werden, in dem er sich zuletzt aufgehalten hat.

- 102 - Migranten, die im Mittelmeer aus Seenot gerettet werden, müssen umfassend medizinisch  
103 versorgt und umgehend in das Land ihrer Abreise zurückgebracht werden. Sollte dieses nicht  
104 zu ermitteln sein, ist er zunächst in eines der außereuropäischen Asylzentren zu verbringen,  
105 um dort die Möglichkeit zur Antragstellung zu erhalten.

106

## 107 **6. Sonderfall: Kriegsflüchtlinge**

108

- 109 - Kriegsflüchtlinge müssen zukünftig in von der UN ausreichend finanzierten Flüchtlingslagern  
110 in den Nachbarländern untergebracht werden. Die Einreise in die EU darf Kriegsflüchtlingen  
111 nur gewährt werden, wenn ein Mitgliedsstaat der EU Nachbarland ist und ein kontrolliertes  
112 Verfahren sichergestellt ist.
- 113 - Kriegsflüchtlinge, die sich bereits in der EU aufhalten, dürfen bis zur Beendigung des Krieges  
114 in der EU verbleiben, nach Beendigung müssen sie das Gebiet der EU verlassen.

115

## 116 **II. Globale Verantwortung**

117

- 118 - Die Entwicklungshilfe der EU-Mitgliedsstaaten muss intensiviert und reformiert werden.  
119 Primäres Ziel darf nicht mehr die Schaffung von Absatzmärkten für europäische Produkte  
120 sein. Den Menschen in der Dritten Welt müssen Zukunftsperspektiven vor Ort eröffnet  
121 werden. Zugleich muss auch den Menschen in der Dritten Welt Zugang zu Mitteln der  
122 Familienplanung eröffnet werden.
- 123 - Die EU-Mitgliedsstaaten müssen sich für eine Reduktion von Kriegswaffenexporten in  
124 Entwicklungs- und Schwellenländer einsetzen. Alleingänge der Europäer ohne die Beteiligung  
125 der Vereinigten Staaten, Russlands und Chinas sind sinnlos.

126

## 127 **III. Chancen schaffen, Chancen nutzen: Was jetzt zu tun ist**

128

- 129 - Es muss ein europäisches Einwanderungsgesetz geschaffen werden, das den Zuzug  
130 qualifizierter Fachkräfte ermöglicht.
- 131 - Menschen, die sich legal in Deutschland aufhalten und deren Aufenthaltsberechtigung  
132 ausläuft, muss die Chance eröffnet werden auch eine unbefristete Aufenthaltsberechtigung  
133 zu erlangen, wenn diese Menschen sich zu unseren Werten bekennen, insbesondere zu  
134 unserer Rechtsordnung. Darüber hinaus müssen sie nachweisen, dass sie für ihren  
135 Lebensunterhalt nachhaltig selbst aufkommen können.